

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Verursach:

„Tagblatt“ Nr. 6630-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Einzel-Preis für die Ausgabe: 12 Pf. für die ersten Ausgaben; 10 Pf. für die übrigen Ausgaben.

Bezugs-Preis für die Ausgabe: 12 Pf. monatlich, 120 Pf. vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder durch die Post. — Bezugs-Preis für die Ausgabe: 12 Pf. monatlich, 120 Pf. vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder durch die Post. — Bezugs-Preis für die Ausgabe: 12 Pf. monatlich, 120 Pf. vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder durch die Post.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für die ersten Ausgaben; 20 Pf. für die übrigen Ausgaben. — Bezugs-Preis für die Ausgabe: 12 Pf. monatlich, 120 Pf. vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder durch die Post.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt 6202 und 6203.

Dienstag, 11. Juni 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 266. • 66. Jahrgang.

Die Wahlrechtsvorlage in vierter Lesung.

Das Höhengelände südwestlich Nonon erobert!

Der Feind auf die Aronde zurückgeworfen.

Die Maß überschritten.

Die Gefangenenzahl auf über 10 000 gestiegen.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 11. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die tagsüber mäßige Gefechtsintensität lebte nur beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuersteigerung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und Somme an. Kritischer Einbruch des Feindes an der Straße Corbie. Er wurde durch Gegenstoß zum Stehen gebracht. Vor der übrigen Front brach der Angriff blutig zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In zwei Kampfzügen hat der Angriff der Armee des Generals von Outier zu dem beachtlichen Erfolg geführt und uns in den Besitz des Höhengeländes südwestlich von Nonon gebracht. Der Stoß traf einen auf unserem Angriff vorbereiteten tief gegliederten Feind in starker Stellung. Die französischen Divisionen konnten trotzdem der angestrebten Angriffskraft unserer Truppen nicht widerstehen. Auch die zu einheitlichen Gegenangriffen herangeführten Divisionen der französischen Heeresreserve wurden gegen in erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen.

Auf rechtem Angriffsfüßel behaupteten Truppen des Generals von Lettinger die südlich von Affainville gelegenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenangriffe.

Die Truppen des Generals von Webern stehen im Kampf bei Courcelles und Mery. Beiderseits der großen Straße Noye-Groesbeek-St. Denis eroberten sie den Höhenrücken südlich von Mery, durchstießen die vierte feindliche Stellung und warfen den Feind auf die Aronde zurück.

Trotz zäher feindlicher Gegenwehr erkämpften sich die Truppen des Generals von Schaller den Übergang über die Maas nach Erstürmung der Höhe von Maraegelse und des Sigmund-Berges drangen sie in unaufhaltbarem Angriff bis Anthy bis vor.

Das Kommando des Generals Hofmann hat in stetem Kampf das feindliche Stellungsgewirr auf den Höhen südlich Thiescourt durchstoßen. Auf den nach Süden zur Döse abfallenden Hängen drangen wir bis Ribecourt vor.

Die Gefangenenzahl hat sich auf mehr als 10 000 erhöht. Damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf etwa 75 000.

An der Front von Döse bis Meis ist die Lage unverändert. Erneute Angriffe des Feindes nordwestlich von Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.)

B. A. Berlin, 11. Juni.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drehs. — Das Haus ist gut besetzt. — Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr. Vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage. Nach einer Vereinbarung findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Danach soll sich die Einzelberatung über das Gesetz, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, anschließen. Es folgt die Einzelberatung der Heereshaushaltsvorlage, darauf die Einzelberatung des Verfassungsgesetzes. Zum Schluss findet eine Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung statt.

Es ist bereits eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingegangen. Zunächst handelt es sich darum, die Lücken in der Abgeordnetenhausvorlage auszufüllen, die beim § 3 durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts und die Ablehnung des Ruralwahlrechts entstanden sind. Ein fortschrittlicher Antrag will den § 3 der Regierungsvorlage, (gleiches Wahlrecht) wiederherstellen; ein Antrag Lufas (natl.) will dem § 3 folgende Fassung geben: „Jeder Wähler hat eine Stimme“, und ferner liegt ein

Kompromißantrag Dr. Lohmann (natl.), v. Seydewitz (natl.), Lufas (natl.) und v. d. Hagen (Zentr.) vor. Danach soll im § 3 festgesetzt werden, daß jeder Wähler eine Grundstimme hat. Außerdem erhält je eine Zusatzstimme: 1. der mindestens 50 Jahre alt ist, 2. der entweder

a) in Land- oder Forstwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und im freien Beruf selbstständig ist, oder b) der mehr als 10 Jahre im Reich, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst tätig ist, oder c) in einer deutschen Bürger-

schaft des öffentlichen Rechts tätig ist, oder d) als nicht bleibender Angestellter in gehobener Stellung tätig ist, oder e) als Aufseher, Vorarbeiter usw. die Aufsicht über mindestens fünf Arbeiter führt. Weiter soll der Kompromißantrag festsetzen, daß nur wahlberechtigt ist, wer seit mindestens drei Jahren Staatsangehöriger ist und der seit zwei Jahren in einer Gemeinde seinen Wohnsitz hat.

Der Kompromißantrag will ferner eine Verfassungsänderung mit der 2. Mehrheit. Bisher war eine 2. Mehrheit vorgesehen. Das Zentrum hat wieder seine Sicherungsanträge eingebracht, auch den, daß der Kirche Vermögensgegenstände und Einkünfte dauernd erhalten werden. Die Kirche soll im Besitz der Stiftungen und Fonds bleiben, der konfessionelle Charakter der Volksschule soll aufrecht erhalten bleiben. Die Arbeitervertreter des Zentrums, Bruns, Gronow u. a., haben eine Reihe von Anträgen eingebracht, die in erster Linie das gleiche Wahlrecht fordern und dann eine Wiedereinführung der Kompromißanträge suchen. Danach soll wahlberechtigt sein, der seit einem halben Jahr in einer Gemeinde wohnt. Ferner beantragen sie Einführung der Verhältniswahl in einer Reihe von großen Wahlkreisen.

Die allgemeine Aussprache.

Abg. Dr. v. Seydewitz (natl.): Ich habe nur eine kurze Erklärung abzugeben. Meine politischen Freunde werden für die vorliegenden Kompromißanträge stimmen. Diese entsprechen nicht ganz unserer Ansicht, aber es erscheint uns notwendig, die entstandene Lücke auszufüllen. Es ist erforderlich, daß eine möglichst große Mehrheit sich für diese Anträge findet. Wir sind der Meinung, daß unsere Anträge im Interesse des Landes liegen (Rechts links.), und werden daher dafür stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lufas (natl.): Der gestrige Tag hat eine ganz unerwartete Wendung

genommen. Die Parteien, die den Wahlrechtsantrag eingebracht haben, sind bereit, für unsere Sicherungsanträge, so weit sie irgend können, zu stimmen. Das hat meine Freunde in eine außerordentlich schwierige Situation gebracht. (Hört! Hört! links.) Wir haben wiederholt betont, welchen Wert wir auf diese kulturellen Sicherungen legen, falls das gleiche Wahlrecht angenommen wird, aber allerdings auch für den Fall, daß ein Wahlrechtsantrag angenommen wird. Mit Rücksicht auf diese Bereitwilligkeitserklärung derjenigen Parteien, die den Kompromißantrag eingebracht haben, wird derjenige Teil meiner Freunde, der seine endgültige Stellungnahme von dem Verlauf der ganzen Beratung abhängig gemacht hat und mit Rücksicht weiter darauf, daß die Volkspartei und die Sozialdemokraten die Sicherungsanträge ablehnen haben, und im Hinblick auf die Gründe, welche dafür von sozialdemokratischer Seite, aber auch in einem Teil der freisinnigen Presse vorgebracht worden sind, für den Kompromißantrag eintreten.

(Stürmisches Hört! Hört! links.)

Abg. Lufas (natl.): Freunde des gleichen Wahlrechts! Zweifellos ist es äußerst wertvoll, wenn die Sicherungen in das Gesetz aufgenommen werden. Wirklichen und dauernden Wert erlangen diese Sicherungen aber erst dann, wenn es gelingt, mit der Staatsregierung zu einem Einverständnis zu gelangen. In der Hoffnung, daß dies geschieht, und um dem Ausdruck zu geben, werde ich und die überwiegende Mehrzahl meiner Freunde

für die Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage stimmen. (Bravo! links.) Diejenigen meiner Freunde, welche sich auf den Boden des Kompromißantrages gestellt haben, machen sich damit die Einzelheiten nicht zu eigen. (Weiterkeit.) Die anderen Anträge werden wir wohl einstimmig ablehnen, insbesondere den zweijährigen Wohnsitz und die 2. Mehrheit.

Abg. Lufas (natl.): Wir stimmen dem Kompromißantrag durchweg zu. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lufas (natl.): Man hätte meinen sollen, daß uns bei dieser vierten Lesung weitere Debatten erspart werden würden. Aber die Arbeitsmehrheit fordert die lauteste und härteste Kritik heraus. (Sehr richtig! links.) Monate hindurch haben wir schwere Verhandlungen geführt. Die Mehrheit hat sich gegen uns auf einen bestimmten Standpunkt gestellt. Plötzlich kam nach Abschluß der Verhandlungen der Antrag Lohmann über das Wahlrecht für alle. Wir erlebten drei Auflagen, von denen wir nicht behaupten können, daß etwa die zweite oder dritte Auflage eine Verbesserung gewähre. (Sehr richtig! links.) Sie setzten uns also der Möglichkeit aus — und ich weiß nicht, ob nicht mit vollem Bewußtsein — (Beifall rechts.)

Das Kompromiß wurde so geheim gehalten, daß sogar die Mehrheit der national-liberalen Partei, die links stand, nicht wissen sollte, was die Rechte tut.

Und welche Haltung auch gegenüber der Regierung! (Höhnischer Beifall rechts.) Auf die Staatsregierung wird überhaupt keine Rücksicht genommen.

Ich bewundere die Geduld der Regierung (Stürmisches Zurufe links; Rechts rechts.), die noch immer zögert, das letzte entscheidende Wort zu sprechen, das nur lauten kann: „Weg mit diesem Hause!“

(Beifall links; Rechts rechts.) Ich hoffe, daß die Regierung nur wenigstens untergeordnet die Aufstellung neuer Wählerlisten anordnet wird. Mit großem Bedauern hören wir, daß sogar ein Teil des Zentrums dem Kompromiß zustimmt. (Abg. Lohmann: Viele dem Zentrum!) Ich hoffe noch immer, daß auch dieser Teil sich der Geschichte und Tradition seiner Partei erinnern wird, die immer für das gleiche Wahlrecht eingestanden war. Durch die Heraushebung der Rottenführer, Wähler usw. glauben Sie eine besondere Schamhaft zu bezeugen. Sie wollen damit einen Keil treiben zwischen die Arbeiter. Aber die Arbeiterklasse merkt ihre Absicht und wird ganz einmütig Ihnen diesen Kompromiß vor die Füße werfen. (Beifall rechts.)

Endlich sind diese 50 Jahre der Dank der Konservativen und der Schwer-Nationalen über den Feldern an der Front, die unser Vaterland gerettet haben.

Geradezu unbegreiflich ist es, den zweijährigen Wohnsitz nicht allein für die Gemeinde, sondern für den eigenen Wahlbezirk zu verlangen. (Zustimmung links.) Es ist ein Rechtsbrauch an den Arbeitern und selbst an den höchsten Beamten. Ein Oberpräsident, der noch nicht zwei Jahre im Wahlbezirk gewohnt hat, verliert seine Zustimmung. Mit dem Unterbeamten geht das Wahlrecht überhaupt verloren. Ist das der Geist der Weisheit letzter Schluss? Ungeheuer ist die Dreiermehrheit, die uns angenommen wird. (Beifall rechts.) Die Erste Kammer soll unauflosbar sein und wird durch die Krone ergänzt werden können.

Die Konservativen zeigen sich wieder in ihrer ganzen Stärke, aber sie bleiben sich wenigstens treu. Unbegreiflich aber ist mir der Beschluß zum rechten Flügel der national-liberalen Partei. (Sehr richtig links.) Das ist nicht mehr liberal, sondern reaktionär.

(Erneute Zustimmung links.) Ich kann nur den freundschaftlichen Rat erteilen, das Wort liberal aus der Firma zu streichen. (Beifall rechts.) Das Königswort kann nicht zurückgenommen und nicht zurückgelassen werden. Mit dem Kompromißantrag muß man dem König zu sein Wort zu brechen. (Beifall rechts.) Will man so die Autorität der Krone stärken? Graf Hertling und Herr v. Bahr stehen und fallen mit dem gleichen Wahlrecht.

Bedenken die Herren der Mehrheit nicht die Gefahr für den inneren Frieden, wenn es zu einer Katastrophe kommt?

Wir brauchen eine gute Massenstimme, wenigstens für die Dauer des Krieges. Wenn man keine Rücksicht mehr auf die Stimmung der Massen nimmt, werden ganz unberechenbare Folgen heraufbeschworen. Die ganze Schwere der Verantwortung führe ich den Herren nach einmal vor die Seele. (Beifall rechts links, vereinzeltes Zischen rechts.)

Minister des Innern Dr. Drehs:

Ich will nur auf den Kernpunkt der ganzen Vorlage und Anträge eingehen. Das ist und bleibt der § 3. Der in veränderter Form aufgenommene Antrag Lohmann hat damals bereits von der Regierung die Erklärung ausgelöst, daß er den Grundgedanken des gleichen Wahlrechts widerspricht, an dem die Regierung unbedingt festhalten müsse. In dem früheren Antrag Lohmann war wenigstens dem Arbeiter die Möglichkeit gegeben, durch zweijährigen Wohnsitz eine Zusatzstimme zu erwerben. Nach dem vorliegenden Antrag haben nur die gehobenen Arbeiter, Vorarbeiter und Rottenführer, diese Möglichkeit.

Da nicht jeder Arbeiter Vorarbeiter werden kann, der über mindestens 5 Arbeiter die Aufsicht führt, so scheidet von vornherein ein großer Teil unserer Arbeiterklasse von der Erlangung der zweiten Stimme und somit von der gleichen Verteilung des Wahlrechts aus.

Dagegen kann der Unternehmer bereits nach einfacher Wohnsitz eine Zusatzstimme bekommen.

Die Regierung muß auch für diesen Antrag erklären, daß sie auf keinen Boden nicht treten kann und daß auf dem Boden dieses Antrags ein Zustandekommen dieser Vorlage für die Regierung ausgeschlossen ist.

Abg. Lufas (natl.): Meine Freunde haben immer erklärt, daß sie bereit sind, alle diejenigen Vorschläge gutzuheißen, welche die Regierung als im Rahmen der Regierungsvorlage des gleichen Wahlrechts und der künftigen Volksherrschaft

liegend erodieren würde. Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, daß die Regierung dem Kompromiß-entwurf nicht zustimmen kann, und ich erkläre für meine Freunde, daß wir auch diesen Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.)

Diese Anträge sind schon, jeder für sich betrachtet, recht bedenklich, aber in ihrer Zusammenfassung sind sie unannehmbar. (Beifall links.) Sie müssen draußen im Lande Entrüstung hervorrufen.

(Erneuter Beifall links.) Sie sind eine erhebliche Verschlechterung des früheren Antrags Lohmann. Wir bedauern, daß die zweijährige Aufschubfrist gefordert wird, daß eine zweite Stimme verlangt wird.

Das sieht fast wie eine Provokation des Volkes aus.

Aus vollster politischer Überzeugung treten wir diesem Antrag entgegen, und ich erkläre, daß die nationalliberale Partei im Lande in übermächtiger Mehrheit hinter uns steht. (Beifall links.) Wir halten fest an dem Willen, ein gerechtes und gleiches Wahlrecht einzuführen. Nur auf diesem Wege ist ein gesunder innerer Ausbau des preussischen Staats möglich. (Beifall links.)

Das Wort ergreift dann der Abg. Dr. Lohmann (natl.). Der sich namentlich gegen den Abg. Bachste verkehrt.

Abgeordneter Lohmann legt sein Amt als Fraktionsvorsitzender nieder.

B. A. Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht. 3b.) Wie wir hören, hat der Landtagsabgeordnete Lohmann, der sich während der Wahlrechtskampfe als Sprecher des rechten Schwerindustriellen Flügels der preussischen Nationalliberalen und sich durch seine reaktionären Wahlrechtsanträge besonders hervorgetan, sein Amt als Vorsitzender der nationalliberalen Landtagsfraktion zu Beginn der heutigen Fraktionsitzung niedergelegt.

Die Lage im Westen.

Der neue Vorstoß zwischen Montdidier und Rezon.

W. T. B. Berlin, 10. Juni. Südwestlich von Rezon wurde der Feind am 9. Juni erneut angegriffen. Nach starker zusammengefaßter Artillerievorbereitung in der Nacht vom 8. zum 9. Juni trat Infanterie in der ganzen Linie zwischen Montdidier und Rezon zum Sturm an. Nach kurzem Kampfe war Orvillers genommen und Rezon erobert. Die feindliche Artillerie antwortete nach unserer Feuerüberlegenheit nur schwach. Von allen Seiten her trafen Meldungen ein; Sanften und Autos kommen und gehen, Pflüger und Briesen befördern die Meldungen; bald treffen die ersten Gefangenen ein, es sind etwa 500 Mann der 125. französischen Division, alle vom Regiment 113. Sie geben an, daß man den Angriff erwartet habe, trotzdem ist fast das ganze Regiment ausgerieben oder gefangen. Bald hebt dichter Staub und Rauch die ganze Gegend in unbedingte Dunkelheit, von rückwärts traben die Munitionskolonnen auf den Straßen in südlicher Richtung. Die gesamte erste feindliche Stellung ist in unserer Hand. Das von vielen Flußläufen und Tälern durchzogene Gelände ähnelt dem des Chemin des Dames. Um 2 Uhr vormittags ist Montdidier genommen. Um die Mittagszeit wird bereits reiche Beute, darunter Geschütze, gemeldet. Über Rezon und Orvillers geht der Rauch hinaus. Guilly und Nieuvois sind in unserer Hand. Auch östlich der Maas wurde die erste feindliche Stellung genommen und die Höhen von Gury, Moreuil und Thiescourt wurden erobert.

Die Verzeigerung der großen Manövrier-Armee.

W. T. B. Berlin, 10. Juni. Der große Sieg des deutschen Kampfs, der weitere bedeutende Teile der Kampfkraft und Kampfmittel der Entente getrimmerte, hatte zugleich die Auflösung und völlige Zerschmetterung der französischen Manövierearmee herbeigeführt. Zu Beginn der Schlacht an der Maas standen am 27. Mai im ganzen acht Divisionen an der Front des Feindes im Kampf. Durch die Ausbreitung des Angriffs wurden in kürzester Zeit sieben weitere Divisionen in die Schlacht mit hineingezogen. Die neun Tage zu Tag wachsenden Erfolge führten schließlich dazu, daß der französische Führer auf neue 35 Divisionen in den Kampf werfen mußte. Im ganzen sind also 50 feindliche Divisionen an der von der deutschen Führung gewählten Front in kürzester Zeit zum Einsatz gezwungen. Die infolge der englischen Niederlage nötig gewordene Abgabe von französischen Verbänden an die Front beiderseits der Somme und in Flandern entblößte die französische Front in gefährlichster Weise und ist schuld sowohl an der schweren Niederlage, die die Franzosen zwischen der Maas und der Marne Tag für Tag erlitten, sowie an der neuen Niederlage, die am 8. Juni den Franzosen wiederum auf der Front von Montdidier bis Rezon zugefügt wurde. Es wurden ihnen schon am ersten Tage 8700 Mann abgenommen. Der ungeheure Materialverlust, den die Entente auf den ausgedehnten Fronten zwischen Doorn und Rezon und zwischen Rezon und Reims erlitt, wird nur schwer zu ersetzen sein, vor allem, da die breiten Rücken der Entente durch vorrücken der Entente aus der Heimat ergänzt werden müssen. Die Hoffnung der Entente auf einen entscheidenden Eingriff der großen Manövierearmee ist endgültig gescheitert. Die stolze Reiterarmee, die der Kriegsrat von Versailles bei seinem Beschlusse zur Fortsetzung des Krieges als Trumpf ausschielte, besteht als solche nicht mehr.

Der der Eröffnung des polnischen Staatsrats.

W. T. B. Warschau, 10. Juni. (Drahtbericht.) Der polnische Regierungsrat hat den Beschluß des Ministerrats, die Eröffnung des Staatsrats, genehmigt, so daß am 22. Juni die feierliche Eröffnung des Staatsrats stattfinden wird. Der Entwurf der Landtagswahlordnung, der vom Ministerrat dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt worden ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit gewissen Einschränkungen des Proportionalwahlrechts vor. Jeder Wahlkreis soll nämlich mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Abstimmung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger mit dem vollendeten 25. Lebensjahre, das passive jedem Bürger

über 30 Jahren zu. Der Entwurf der Wahlordnung für den Senat bestimmt, daß die eine Hälfte der Minister aus Wahlen, die andere aus Ernennungen hervorgehen soll.

Die Admiralstabsmeldung.

W. T. B. Berlin, 10. Juni. (Amlich.) Im Mittelmeer versenken unsere Unterseeboote sieben Dampfer von etwa 26.000 Bruttoregistertonnen.

Unter ihnen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Cambrian King“ (3601 Brt.) mit Flugzeugen und der Dampfer „Snowdon“ (3189 Brt.) mit 4000 Tonnen Kohle und 200 Tonnen Stahlgut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bereits 80.000 Tonnen an der amerikanischen Küste vernichtet.

Br. Haag, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht. 3b.) „Daily Mail“ meldet aus New York. Auf Grund von Schilderungen der Besatzung amerikanischer Torpedobootzerstörer, die vereinigt die Versenkung amerikanischer Dampfer in den Küstengewässern abwandeln konnten, schließen die Marineattachés der amerikanischen Blätter, daß die in den amerikanischen Gewässern tätigen U-Boote dem neuen Kreuzerthum angehören. Man glaubt, daß diese Kreuzer abweichen von der Hin- und Rückfahrt über sechs Wochen ununterbrochen in den amerikanischen Küstengewässern kreuzen können. Der „New York Herald“ meint, man müsse damit rechnen, daß die Deutschen nachdem sie nun einmal die Blockade der nordamerikanischen Gewässer begonnen hätten, diese jetzt auch durchhalten würden. Die Blätter melden, daß bisher in der amerikanischen Gewässern rund 80.000 Tonnen amerikanischen Handelsverkehrs vernichtet worden sei, und daß die Gefahr für die Transportschiffe nach Europa bedeutend größer geworden sei, da man jetzt mit drei besonderen Gefährdungen zu rechnen habe, erstens die amerikanischen U-Boote, zweitens die deutschen U-Boote um die Azoren und drittens die französisch-englischen Gewässer.

Das Gelöbnis der Frauen Irlands gegen die Dienstpflicht.

W. T. B. Rotterdam, 10. Juni. „Daily News“ berichtet aus Dublin: Heute haben in ganz Irland die Frauen das Gelöbnis unterzeichnet, sich der Dienstpflicht zu widersetzen. In Dublin ging es dabei völlig ruhig zu. Die Frauen verpflichteten sich, keine Arbeit von Männern zu verrichten, die gewaltsam in die Armee eingestellt werden.

Graf Burian über seine Berliner Mission.

W. T. B. Wien, 11. Juni. (Drahtbericht.) Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Interview mit dem Minister des Auswärtigen Grafen Burian über dessen bevorstehende Reise nach Berlin. Der Minister sagte: Es ist nur selbstverständlich, daß in Berlin auch die zwischen den beiden Verbündeten stehenden Fragen besprochen werden. Zu einem Abschluß aber werden diese Beratungen nicht führen können, weil die internen vorbereitenden Arbeiten weder bei uns noch in Deutschland beendet sind, so daß die Unterlagen für abschließende Vereinbarungen noch fehlen. Es besteht jedoch auf unserer Seite sowohl wie auf der Seite unserer Bundesgenossen der einmütige Wunsch, jede Verzögerung der Beratungen zu vermeiden, die Vorarbeiten hierfür mit allen Mitteln zu fördern und am raschesten die Beratungen selbst durchzuführen, um sie zum endgültigen Abschluß zu bringen. Die Unterhandlungen zielen bekanntlich auf eine Vertiefung des Bündnisses in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Richtung. Einzelheiten lassen sich zurzeit noch nicht geben, da es eben Aufgabe der Beratungen sein wird, die Grundlagen für die Vereinbarungen zu schaffen und deren Einzelheiten festzustellen. Daß die Verhandlungen von dem Gedanken der vollen Parität geleitet sein werden, ist wohl nicht besonders hervorzuheben. Auf die Frage, ob die Absicht bestehe, anliegende Verhandlungen auch mit Bulgarien und der Türkei einzuleiten, entgegnete der Minister, daß Beschlüsse hierüber noch nicht gefaßt seien. Daß im Kriege geschlossene Bündnis mit diesen beiden Mächten, sagte er, bewährt sich nicht nur militärisch, sondern hat auch den sonstigen Interessen der Völker in jeder Beziehung gedient, so daß abseits der Wunsch besteht, die engeren Beziehungen zu diesen beiden Verbündeten auch nach dem Kriege beizubehalten. Aber die Ernährungsfrage sagte der Minister: Die größte Zeit haben wir überwunden. Wir dürfen auf eine gute, teilweise sogar auf eine sehr gute Ernte rechnen. Für die wenigen Wochen, die bis dahin noch zurückzulegen sind, sind wir gedeckt, und so kann eine der aktuellsten Sorgen als beseitigt gelten.

Br. Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht. 3b.) Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Baron Burian ist, wie angekündigt, in Begleitung seines Rabinettschefs, des Legationssekretärs Graf Colloredo, heute vormittags aus Wien hier eingetroffen. Gleichzeitig mit ihm kam der österreichisch-ungarische Vizekanzler Prinz Hohenlohe aus Wien zurück, der am Freitagabend dorthin gereist und gestern von Kaiser Karl in Audienz empfangen worden war. Die Verhandlungen des Ministers mit unseren leitenden Stellen werden sofort heute nachmittags eintreten und im Laufe des morgigen Tages fortgeführt werden. Heute Abend wird der Minister bei dem Reichskanzler treffen. Baron Burian beabsichtigt, schon morgen früh Berlin wieder zu verlassen und nach Wien zurückzukehren.

Deutsches Reich.

* Der Reichstag führte im weiteren Verlauf seiner gestrigen Sitzung die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern zu Ende. Nach dem Abg. Gröber (Sentr.) sprachen nach u. a.: Abg. Sasengast (Sentr.), Abg. Trautmann (Sentr.), Abg. Thoma (natl.), Abg. Red-

sch (Sentr.) und der Abg. Ruhnert (natl. Sentr.), der ein Reichsschulgesetz auf der Grundlage der Einkommenssteuer sowie eine Reorganisation des Gesundheitswesens vorschlug. — Der Abg. Pfeiffer (Sentr.) führte aus: Die Bevölkerungspolitik drängt uns dazu, unsere Schulausbildung zu verfürzen. Das Beispiel der Kriegsprüfung beweist, daß es möglich ist. Wenn wir die Kindergärten für das Vaterland haben hingeben müssen, so braucht man vor den vielen Denkmälern nicht Halt zu machen. Im Gegenteil, da könnte man von einer guten Wirkung des Krieges sprechen. (Heiterkeit.) — Zur Frage der Fliegerkassen erklärte Staatssekretär Dr. Wallraf: Die Kassen werden bei den Fliegerkassen nach dem gegenwärtigen Wert erstellt. Über Personenschäden besteht noch keine gesetzliche Vorschriften. Die beimgekauften Kassen können sich teilweise Entschädigung verschaffen. (Beifall.) Die Reichsgesetze für die Kriegsbeschädigtenkassen belaufen sich bisher auf sechs Millionen. — Beim Reichsamt des Innern wies Abg. Müller-Meiningen (Sentr.) darauf hin: Der große Ärztemangel könnte ungünstige Folgen für die Volksgesundheit haben. — Staatssekretär Wallraf erklärte dazu: Ich hoffe, daß durch die Organisation des Ärztestandes eine Wendung zum Besseren eintritt, und hoffe, daß mit der Zeit zur Entlastung der verheirateten Ärzte geschritten werden kann. — Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und den Haushalt des Reichsamts des Innern wurde auf heute verschoben. — Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Gesetzesrat.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Enteignung der Türklinden und Fenstergriffe.

Der „Haus- und Grundbesitzerverein“ hat für Montagabend eine Versammlung in den großen Saal der „Bartburg“ einberufen, welche sich mit der Enteignung der Türklinden und Fenstergriffe sowie der Metallgegenstände befaßt. Der 1. Vorsitzende Herr Stadtrat Kallbrenner hob hervor, daß sich der Hausbesitzer seiner vaterländischen Pflichten wohl bewußt sei und seiner großen Opfer in Gestalt von Mietminderungen, Ablieferung von Metallgegenständen usw. gebracht habe und noch täglich solche bringe. Die neue Verordnung bedeute jedoch einen ganz ungewöhnlichen Eingriff und habe daher auch berechtigten Widerspruch erfahren.

Die Verordnung selbst und deren Einzelheiten wurden nun in einer einstündigen Rede seitens des Stadts. H. L. m. a. n. e. erläutert. Der Referent verlas am Schluß seiner Ausführungen eine Entschädigung und empfahl diese der Versammlung zur ungezügten Annahme. In der anschließenden Aussprache stellte Herr Bürgermeister Döhne den Antrag, durch eine Kommission den Wert der zur Ablieferung kommenden Metallgegenstände feststellen zu lassen. Herr Justizrat Jünger war der Meinung, daß von der Aufhebung der Bundesratsverordnung kein Erfolg zu erwarten wäre. Herr Syndikus Schröder empfahl, mit der Ablieferung der Metallgegenstände zurückzubleiben, bis die Entschädigung der amtlichen Kriegsstelle geliefert werden können. Herr Vorrat Berlin machte ausführliche Mitteilungen über die Ablieferung, die Entschädigung usw. Die Versammlung, welche außerordentlich stark besucht war, faßte schließlich einstimmig den Beschluß, die nachstehenden, im Wortlaut abgedruckten Entschuldigungen dem Magistrat zur weiteren Veranlassung zu überreichen.

„Wie früher ist auch der Hausbesitzer bereit, so weit es die Kriegsmateriale bedingt, der Metallgegenstände nachzukommen. Vorausgesetzt ist jedoch, daß ihm nicht Sonderkosten aufzubringen werden wie früher, und daß ihm außerdem für die Opfer, welche er abermals darbringt, eine angemessene Entschädigung gewährleistet wird. Die Versammlung der Wiesbadener Hausbesitzer hat daher nach eingehender Beratung folgende Forderungen aufgestellt: 1. Sonderausstattungsgegenstände aus Gelbmetall dürfen überhaupt nur für den Kriegsbedarf von Heer und Marine, keineswegs aber für Zwecke der Übergangswirtschaft und der Industrie angefordert werden. 2. Die Anforderung von solchen Gegenständen, die irgendwie als Bestandteile oder Zubehör von Privathäusern in Frage kommen, soll erst dann geschehen, wenn alles sonst beschlagnahmte und enteignete Gelbmetall, auch aus den ländlichen Bezirken, rasch zur Ablieferung gekommen ist; vor allem auch die Hausausstattungsgegenstände, Kupferbedeck, Plüschmöbel aller öffentlichen Gebäude und aller dem öffentlichen Verkehr dienenden Einrichtungen; ferner alle für die Beschlagnahme und Enteignung noch zu bestimmender Denkmäler und sonst für den Zweck geeignete Metallgegenstände. 3. Die Entschädigung muß so bemessen werden, daß für die enteigneten Gegenstände mindestens ersetzt wird: a) der Anschaffungswert, b) die Kosten der Erhaltung, c) die Kosten für den Ausbau und die Ablieferung, d) die Kosten für die durch den Ausbau nötig werdenden Ausbesserungen, e) ein angemessener Betrag für die Wiederherstellung des jetzigen Zustandes nach Friedensschluß. 4. Durch eine Bundesratsverordnung ist festzustellen, daß die Räter nicht berechtigt sind, aus Anlaß der beschlagnahmten Metallgegenstände eine Minderung der Mieten gemäß § 587 BGB. zu fordern, und die Hypothekengläubiger aus der durch Wegnahme der Metalle entstehenden Wertminderung der Häuser keine Minderungen oder Teilschuldung der Hypothek herleiten können. 5. Es sind wirksame Vorkehrungen zu treffen, daß der Wucher beim Verkauf der nötigen Ersatzteile unterbunden wird. — Hieran anschließend bitten wir den verehr. Magistrat, dem deutschen Stadtrat die vorstehenden Richtlinien zur Verantwortung zu unterbreiten. Mit Bezug auf die Durchführung der Metallbeschlagnahme in Wiesbaden unterbreiten wir des weiteren die in genannter Versammlung ebenfalls einstimmig zum Ausdruck gebrachten Wünsche:

Darnach wird der verehr. Magistrat gebeten: 1. Zu bestimmen, daß die Durchführung der Verordnung tunlichst schonend und ohne Überbürdung gescheit, und daß vor allem die Frist zur Ablieferung von Türklinden, Fenstergriffen und ausgebauten Hausausstattungsgegenständen aus Gelbmetall gemäß § 2 der Richtlinien nicht zu kurz bemessen wird. 2. a) der höchsten Verwaltungsstelle für die Metallbeschlagnahme weitestgehende Zusage zu machen gegen die vorstehende Verordnung anzuwenden, b) dieselbe anzuwenden, den Antrag auf kostenlosen Ausbau der beschlagnahmten Metallgegenstände in dem Sinne der Verordnung nicht zu prüfen, c) die Beratungs- sowie die Ablieferungsstellen zu

Gust. Fischer, Damenschneider,
Moritzstraße 5 (nahe Rheinstraße.)
Uebnahme
aller ins Fach schlagenden Arbeiten.

Bad Langenschwalbach

Pension Villa Italia,
gegenüber dem Stahlbrunnen sind noch
Zimmer mit guter Verpflegung frei.

Gießkannen eingetroffen

Südkaufhaus
Offe Moritz- und Gerichtsstraße 1.

La Bohnerwachs

und Stahlspäne nochmals eingetroffen. 463
Trogerie Moebius, Taunusstr. 25. Tel. 2007.

Wichtig

für Weinbändler und Spediteure!
Altebest Extra.

Bester Wein auf dem Markt, billig u. unerreicht.
A. Friedländer, Berlin, Chemische Fabrik.
Vert.: M. Bauer & Co., Wiesbaden
Telephon 1476.

Amliche Anzeigen

Grasverkauf

Oberförsterei

Wiesbaden

I. Dienstag, 18. Juni c.,
die hiesigen Wiesen:
Gießberg, alte Forst,
Himmelsweide, Voladen-
hump, Schwarzerod, Neu-
weide, Seibelsrod, Au-
sammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
II. Mittwoch, 19. Juni c.,
die Schwarzerod, Mühl-
rod, alte Forst, Johann-
Johann, Schuhmacherweide,
Fischbach, obere, untere
u. kleine Kesselsweide, Au-
sammensamt vorm. 9 Uhr
an d. Mühlweide. F204

Amliche Anzeigen

Sonnenberg

Bez. Feuerwehr-Neubau.
Am Freitag, 14. Juni,
abends 9 Uhr, findet in
Sonnenberg eine Übung
der Pflichtfeuerwehr statt.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.

Amliche Anzeigen

Sonnenberg

Bez. Feuerwehr-Neubau.
Am Freitag, 14. Juni,
abends 9 Uhr, findet in
Sonnenberg eine Übung
der Pflichtfeuerwehr statt.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.

Amliche Anzeigen

Sonnenberg

Bez. Feuerwehr-Neubau.
Am Freitag, 14. Juni,
abends 9 Uhr, findet in
Sonnenberg eine Übung
der Pflichtfeuerwehr statt.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.

Amliche Anzeigen

Sonnenberg

Bez. Feuerwehr-Neubau.
Am Freitag, 14. Juni,
abends 9 Uhr, findet in
Sonnenberg eine Übung
der Pflichtfeuerwehr statt.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.

Amliche Anzeigen

Sonnenberg

Bez. Feuerwehr-Neubau.
Am Freitag, 14. Juni,
abends 9 Uhr, findet in
Sonnenberg eine Übung
der Pflichtfeuerwehr statt.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.

Amliche Anzeigen

Sonnenberg

Bez. Feuerwehr-Neubau.
Am Freitag, 14. Juni,
abends 9 Uhr, findet in
Sonnenberg eine Übung
der Pflichtfeuerwehr statt.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.
Aufsammensamt: 9 Uhr an
der Reichsdruckerei.

Bekanntmachung.

Einzahlungen auf Geschäftsanteile (Mitgliedsguthaben), die vor Schluss eines Vierteljahres erfolgen, nehmen von diesem Zeitpunkt ab an dem Gewinn teil.

Beabsichtigte Einzahlungen unserer Mitglieder sind demnach zweckmäßig vor 30. Juni 1918 zu leisten.

Ebenso empfiehlt es sich für neu hinzutretende Mitglieder, die Mitgliedschaft tunlichst vor dem 30. Juni 1918 zu erwerben.

Der Gewinn-Anteil betrug für 1917 6 1/2 %. F646

Wiesbaden, 3. Juni 1918.

Vereinsbank Wiesbaden

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Eigenes Geschäftsgebäude: Mauritiusstraße 7.



Statt besonderer Anzeige.

Heute, am 10. Juni, trifft die Trauerbotschaft ein, daß mein heiliggeliebter Mann, unser innigstgeliebter Sohn, Bruder und Schwiegersohn der

Leutnant d. R. Hans Mühlen

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl.

turz vor Vollendung seines 31. Lebensjahres am 2. Juni vormittags bei einem Angriff im Westen den Tod fürs Vaterland erlitten hat.

In tiefster Trauer:

Frau Emma Mühlen, geb. Peters.
Johannes Mühlen, Königl. Bauinspektor a. D.
Frau Elise Mühlen, geb. Brünert.
Elisabeth Mühlen, Paula Mühlen.
Kurt Mühlen, Leutnant d. R., z. St. im Felde.
Reichsgerichtsrat Dr. Peters und Familie.

Wiesbaden (Wartestraße 4a) und Leipzig.
Beileidsbesuche dankend verboten.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom liebsten, was man hat, muß scheiden.

Schmerzgefällt erhielt ich die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter, herzensguter Mann, unser lieber, guter Bruder, Schwager, Schwiegersohn, Onkel und Vetter

Landsknecht

Wilhelm Maurer

nach dreijähriger treuer Pflichterfüllung im Alter von 37 Jahren am 1. Juni ein Opfer dieses grausamen Weltkrieges geworden ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Lina Maurer, geb. Stephan.

Wiesbaden, Niederhausen a./Appel, Offenheim, den 11. Juni 1918.
Häcker Platz 4, I.

Die Beerdigung wird nach erfolgter Ueberführung bekannt gegeben.

Nach langem, hoffnungsvollen Lebenskampf entschlief Sonntag mittag 1 Uhr auch unsere älteste Tochter

Käthe Eberle.

Die tieftrauernden, alleinstehenden Eltern.

Wiesbaden (Dotzheimer Str. 72), den 11. Juni 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr auf dem Südfriedhofe statt.

Danksagung.

Unseren herzlichsten Dank allen, die so großen Anteil nahmen an dem schmerzlichen Verluste meines lieben, unvergeßlichen Mannes, unseres herzensguten Vaters, Sohnes und Bruders

Unteroffizier

Hermann Reichert.

Besonderen Dank für die vielen Kranz- und Blumenspenden, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Schloffer, seinen Kameraden der Feldbäckerei, Kolonne 131, und dem Verband der Bäcker und Konditoren.

Familie Reichert

Hellmundstraße 44.

Flotziehende

Uniformen

liefert

J. Riegler, Marktstraße 10.
Hotel Grüner Wald. Fernr. 3420.

Schnellsohlerei Schwalbacher Str. 23

Gummi-Sohlen Leder-Abzüge
Reparaturen sofort und billig.



Schmerzgefällt erhielten wir heute die traurige Nachricht, daß unser einziger, lieber und guter Sohn und Bruder,

Bischofsweber

Josef Rau

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl.

in den schweren Kämpfen im Westen infolge eines Herzschlages nach 3 1/2-jähriger treuer Pflichterfüllung, im blühenden Alter von 23 Jahren sein junges Leben lassen mußte.

In tiefstem Schmerz:

Familie Carl Rau,
- Stationschaffner.

Moritzstr. 50.



Heute erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn und Bruder

Rudolf Schneider

Gefreiter im Inf.-Regt. 3,
Inhaber des Eis. Kreuzes 2. Kl.

nach 3 Jahren 10 Mon. treuer Pflichterfüllung im Alter von 25 Jahren am 31. Mai infolge schwerer Verwundung den Heldentod fürs Vaterland starb.

Im Namen aller Verwandten:

Frau Rektor Schneider Wwe.
Frida Schneider.

Sonnenberg, den 11. Juni 1918.
Bergr. 5.

Ludwig Bedel

sanft entschlafen ist.

Im Namen

aller trauernd Hinterbliebenen:

Frau Käthe Bedel

geb. Leisner
und Tochter.

Wiesbaden, den 10. Juni 1918.

Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom Südfriedhof aus statt.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwägerin und Tante sagen wir auf diesem Wege allen herzlichsten Dank; insbesondere Herrn Pfarrer D. Schloffer für die trostreichen Worte am Grabe.

Im Namen

der trauernden Hinterbliebenen:

Carl Schmidt.

Wiesbaden, den 11. Juni 1918.

Rüdesheimer Str. 34.



Witt-Höcker
Schillerplatz 2.